

# Steuer(t) - Gerechtigkeit!

Für ein solidarisches und christliches Zusammenleben brauchen wir ein gerechtes Steuersystem.

Steuereinnahmen sind die Voraussetzung für das Funktionieren unseres Sozialstaates. Sie nützen allen, weil damit Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Straßen, öffentlichem Verkehr, Pensionen, Umweltschutz, Kunst, Sport, Kultur gedeckt werden: Leistungen, die dem Einzelnen gleichermaßen wie dem Gemeinwohl dienen.

Im Ökumenischen Sozialwort wird unmissverständlich Position bezogen für ein „gerechtes Steuersystem, das die Belastung der Erwerbsarbeit durch Steuern und Abgaben verringert, dafür andere Faktoren stärker belastet“.

In Österreich wurde die Finanzierung des Sozialstaates in den letzten Jahrzehnten immer mehr dem Faktor „Arbeit“ aufgebürdet, während der Faktor „Kapital und Vermögen“ zunehmend entlastet wurde. 1975 betrug der Anteil der Lohnsteuern an den Staatseinnahmen 18%, der aus Gewinnsteuern (Vermögen, Aktien, ...) 17,4%; 2005 wurden bereits 30,2% aus Lohnsteuern aber

nur noch 13,4% aus Gewinnsteuern eingenommen.

Nach einem OECD-Bericht betrug das Aufkommen aus Vermögenssteuern 2004 im Durchschnitt der EU-15-Staaten 5,3%. Österreich steht mit 1,3% an letzter Stelle im europäischen Vergleich.

In absoluten Zahlen stieg der Beitrag aus Lohnsteuern in den letzten Jahren also weit stärker als jener aus gewinn- und vermögensorientierten Steuern. Damit entstand systematisch ein Ungleichgewicht in der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, das immer größer zu werden droht.

Diese Entwicklung ist nicht schick-salhaft, sondern sie gründet auf der Systematik des aktuellen Steuersystems und somit auf bewussten Entscheidungen politisch Verantwortlicher.

Die für Jänner 2009 beschlossene „Steuerreform“ soll - wie es auch

offiziell heißt - in der derzeitigen Krise vor allem dem Wirtschaftsaufschwung dienen und die Kaufkraft stärken. Damit wird die Steuerreform 2009 zu einer punktuellen

Maßnahme, die - laut Expertenmeinung - lediglich die durch die Inflation entstandene „kalte Progression“ seit der Steuerreform 2005 ausgleicht.

Nur eine jährliche automatische Anpassung der Steuerstufen an die Inflation kann die Nachhaltigkeit einer Senkung garantieren. In besonderer Weise wird die Notwendigkeit der Inflationsanpassung am Beispiel der Familienbeihilfe erkennbar: Wird diese nicht regelmäßig erhöht, verliert sie durch die Teuerung ständig an Wert. Gleichbehandlung ist gefordert: Im Regierungsprogramm ist sehr wohl die jährliche Wertanpassung im Tarifbereich vorgesehen - damit wird staatlicherseits die Einnahmenseite wertgesichert.

Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Lasten, die sich aus der Struktur

eines Steuersystems ergeben, verpflichten den Staat zu einer gesetzlich geregelten Neu-/Umverteilung, die die Gestaltungsspielräume auf der Steuereinnahmenseite gezielt als wirtschafts- und sozialpolitisches Instrumentarium einsetzt.

Um der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu entsprechen, müssen aber alle Gruppen und Personen entsprechend ihrem Einkommen und Vermögen einen gerechten und angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten.

Derzeit ist keine Bereitschaft zu einer „Systemdebatte“ für mehr Steuergerechtigkeit im Sinne einer Gemeinwohlverantwortung zu erkennen. Die Forderung nach einem Steuersystem, das die Steuerbelastung gerecht(er) verteilt, muss daher grundsätzlich aufrecht bleiben.

Die KAÖ bekennt sich zu innovativen Sozialstaat, der Lebensancen ermöglicht und sicherstellt sowie für den solidarischen Ausgleich von Lebensrisiken Sorge trägt.

## Familienbeihilfe ist real gesunken

Die letzte Erhöhung des Grundbetrages der Familienbeihilfe für ein Kind unter 3 Jahren im Jahr 2000 war nicht gerade berauschend. Der Betrag wurde von € 103,60 auf € 105,40 erhöht, das sind € 1,80 pro Monat! Nachdem die Familienbeihilfe bis 2008 nicht erhöht wurde, entstand in acht Jahren durch die Inflation ein Wertverlust von 21 Prozent.

Auch wenn die 2008 erstmals ausbezahlte 13. Familienbeihilfe eingerechnet wird, sind es immer noch 13 Prozent.

Die für 2009 beabsichtigten erhöhten bzw. neuen Absetz- und Freibeträge für Familien sind zwar begrüßenswert, aber letztendlich nur begrenzt eine Hilfe. Denn sie können nur von jenen in Anspruch genommen werden, die eine größere Steuerleistung erbringen. Für alle, die ein geringeres Einkommen haben, ist das keine Unterstützung. Daher laufen gerade einkommensschwache Familien noch mehr in Gefahr, an die Armutsgrenze gedrängt zu werden.



## Steuern gerecht gestalten

Wer zahlt schon gerne Steuern? Sie gelten als leidige Pflicht. Oft jammern wir über den „Griff in unsere Geldbörse“ und empören uns über jene, die es verstehen, möglichst wenig Steuern zu zahlen. Vielleicht fragen Sie sich, was es bringt, sich als ChristIn mit dem Thema „Steuern“ zu beschäftigen.

Steuern sind ein wichtiges politisches Instrument zur Gestaltung des sozialen Zusammenlebens. Sie bilden die finanzielle Grundlage unseres Staates zur Erfüllung von Aufgaben, die im Interesse aller Mitglieder unserer Gesellschaft liegen. Die kirchliche Soziallehre betont daher die prinzipielle Rechtmäßigkeit von Steuern als Solidarbeitrag zur Erbringung staatlicher Leistungen, welche das „Wohl aller und eines jeden“ (Johannes Paul II.) im Blick haben müssen.

Dieser auf das Wohl aller und jedes Einzelnen gerichtete Blick erfordert verantwortliche Abwägungen, weshalb Fragen des Steuersystems immer auch ethische Fragen sind. Im Zentrum steht hierbei die Frage nach der „Gerechtigkeit“, weil sie auf eine Praxis der Gerechtigkeit zur Überwindung von Ungleichheit zielt.

Unter anderem ist daher zu fragen: Fördern die mit Steuern finanzierten Maßnahmen das Wohl der Allgemeinheit, das Wohl möglichst vieler oder nur einzelner Gruppen? Tragen durch Steuern alle soviel bei, wie ihnen zuzumuten ist, oder zahlen manche mehr, andere weniger als sie für das Gemeinwohl leisten könnten? Ermöglicht das Steuersystem unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe auszugleichen, oder verstärkt es ungerechte Verhältnisse? Solche Fragen bedürfen gerechtigkeitsorientierter Antworten.

Als Katholische Aktion wollen wir an einer humanen Gesellschaft im Sinne des Evangeliums mitarbeiten. Unsere Sorge um soziale Gerechtigkeit darf sich jedoch nicht nur in der persönlichen oder organisierten Hilfe für Benachteiligte erschöpfen. Sie muss auch auf den Abbau der strukturellen Ursachen für mangelnde Teilhabe und Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zielen.

Mangelnde Steuergerechtigkeit gefährdet das Wohl aller und eines jeden. Als ChristInnen sind wir deshalb herausgefordert, Argumente zugunsten einer gerechten Gestaltung des Steuersystems mutig einzubringen.

Dr. Gerhard Marschütz  
Vizepräsident der Katholischen Aktion Österreich

## Wege zur Steuergerechtigkeit

### → Arbeit entlasten

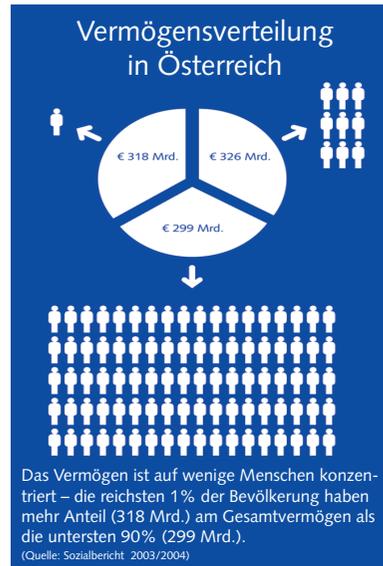
Die Steuern für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sollen verringert werden. Dadurch gibt es auch Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Einkommenssteuer für Niedrigverdiener soll stark gesenkt werden (Senkung des Einstiegsteuersatzes von 38,3% auf 25% und jährlich automatisch an die Inflation angepasst werden. Menschen, die zu wenig Einkommen haben um steuerpflichtig zu werden, sollen eine höhere Negativsteuer erhalten.

### → Große Vermögen belasten

Für eine gerechtere Verteilung braucht es auch zusätzliche Abgaben von vermögenden Menschen und Firmen. Dazu gehören beispielsweise die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit hohen Freibeträgen. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für große Privatvermögen mit hohen Freibeträgen. Die Abschaffung von Steuerprivilegien bei eigennützigen Privatstiftungen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Besteuerung von Aktientransaktionen u.ä.

### → Familien & AlleinerzieherInnen stärken

Die Familienbeihilfe soll ebenfalls jährlich automatisch an die Inflation angepasst werden. Außerdem soll das PartnerInneneinkommen nicht für die Notstandshilfe angerechnet werden.



## Gerechtigkeit zur Sprache bringen

### In der Pfarre, unter Freunden, im Beruf

Wenn wir als Christen und Christinnen eine gerechte Gesellschaft im Geiste Jesu haben wollen, dann müssen wir das auch zur Sprache bringen.

Dazu ist es einerseits notwendig, sich ausreichend zu informieren. Die Texte hier sind nur ein kleiner Anfang. Viele weitere Informationen haben wir unter [www.kaoe.at/steuern](http://www.kaoe.at/steuern) zusammengestellt. Nur wenn wir eine sichere Argumentationsgrundlage haben, können wir unsere Anliegen auch gut zur Sprache bringen.

Andererseits geht es auch darum, diese Anliegen weiter zu verbreiten. Dafür gibt es viele Formen. In der Pfarre können wir sie in verschiedenen Runden oder eigenen Veranstaltungen gemeinsam diskutieren. Mit Freunden und Freundinnen können wir Argumente austauschen und unsere Standpunkte darlegen.

Und auch im Berufsleben gibt es viele Möglichkeiten Menschen für eine gerechtere Welt zu gewinnen. Wichtig ist: Nicht schweigen, sondern reden. Probieren sie es!